

Die Ausschaltung der parlamentarischen Opposition in den Landtagen der SBZ/DDR. Die Beispiele Brandenburg und Thüringen (1946–1952) (abgeschlossen)

Kontakt: Michael Bienert, M.A. (extern)

Die abgeschlossene Studie »Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die »bürgerlichen« Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946–1952)« ist 2016 beim Droste Verlag Düsseldorf erschienen.

Die Studie widmet sich der wechselvollen Geschichte der Landtage in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der frühen DDR. Anhand der Beispiele des Brandenburgischen und des Thüringer Landtags beleuchtet die Arbeit die politischen Rahmenbedingungen in der sich etablierenden »volksdemokratischen« Ordnung und befasst sich mit den Handlungsspielräumen der Landesparlamente, deren Existenz eigentlich im Widerspruch zu den kommunistischen Zielvorstellungen von einer zentralisierten sozialistischen Gesellschaft in der SBZ stand.

Das Projekt geht der zentralen Frage nach, wie sich der Parlamentsbetrieb auf Landesebene gestaltete. Welchen Einfluss konnten die »bürgerlichen« Fraktionen von CDU und LDP auf den von der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht dominierten politischen Kurs nehmen? Berücksichtigt wird auch das engmaschige Netz der institutionellen Kontrolle, das mittels der Blockpolitik und der Überwachung durch die SMA die Kompetenzen der Landtage von Beginn an stark einschränkte. Gleichwohl finden sich zahlreiche Belege dafür, dass die christdemokratischen und liberalen Parlamentarier keineswegs bereit waren, den eingeschlagenen Weg zur Sowjetisierung unwidersprochen hinzunehmen. Die erhitzten Debatten in den Landtagen, die scharfe Kritik an der von der SED forcierten Umwälzung sowie die Proteste gegen die allmähliche Entmachtung der Volksvertretungen dokumentieren die – letztlich vergebliche – Bereitschaft vieler Abgeordneter zur parlamentarischen Opposition und zum offenen Widerstand. Mit der seit 1948 verstärkten Gleichschaltung der Landtage, die mit Diffamierungskampagnen, der Verhaftung von missliebigen Politikern und parteiinternen Säuberungswellen einher ging, rückt schließlich der eigentliche Prozess der »Diktaturdurchsetzung« in den Vordergrund. An dessen Ende stand 1952 die Selbstaflösung der Landesparlamente.

Indem die Studie am Beispiel der ostdeutschen Landtage einen wichtigen Scheidepunkt zwischen Demokratie und Diktatur vorstellt, möchte sie ein bislang wenig beachtetes Kapitel zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus im 20. Jahrhundert thematisieren. Die Arbeit wird durch ein Stipendium der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Arbeit, ein Dissertationsvorhaben betreut von Prof. Dr. Manfred Görtemaker am Historischen Institut der Universität Potsdam, entsteht in Kooperation mit der KGParl und wird gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.